

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 14 (1973)
Heft: 23

Artikel: Lateinamerika-Uebersicht
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095142>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lateinamerika-Uebersicht

Von Alphonse Max (Montevideo)

Selbst die deklarierten Antikommunisten verzichten darauf, die kommunistisch regierten Länder lediglich nach dem Ausmass der Abrechnung zu beurteilen, welche die gewaltsame Machtergreifung (auch die «russische Oktoberrevolution») war im Unterschied zur Februarrevolution nichts weiter als ein Putsch) unmittelbar mit sich brachte. Das allseits anerkannte Kriterium ist die Güte der Neuordnung (wozu die Güte der abgelösten Ordnung gehört), und an dieser Frage scheiden sich denn die Geister in der Tat.

Das gleiche Kriterium beansprucht seine Geltung auch bei jüngeren Fällen der Geschichte, etwa bei der überaus blutigen Staatswerdung von Bangladesh nach dem Sieg über Pakistan. Offenbar gilt es aber nicht für Chile. Hier begnügt sich die Weltmeinung mit dem sehr ungefähr belegten Wissen, dass eine Militärjunta blutig mit ihren Feinden aufräumt, und das hat als Begriff der gesamten Wirklichkeit jenes Landes zu genügen.

Diesem summarischen Verdikt auf Grund eines einzigen Aspektes, den gerade unsere Zeit sonst systematisch relativiert hat, widerspricht unsere Korrespondenz aus Lateinamerika, die ihrerseits das Motiv der Abrechnung im Rahmen einer weiteren chilenischen Wirklichkeit relativiert. Wir aber gestehen Chile das gleiche Recht auf Prüfung zu, der wir im Schweiz. Ost-Institut bezüglich der UdSSR und ihrem Lager den Hauptteil unserer Tätigkeit widmen.

Nach zwei Monaten Militärregierung in Chile hat sich in dem Land bereits vieles geändert: Die Schlangen, die während der drei Jahre Allende-Regime und vor allem in den Wochen vor dem Putsch zu allen Tages- und Nachtzeiten häuserblöckelang vor den verschiedensten Geschäften zu sehen waren, sind praktisch verschwunden. Plötzlich sind fast alle lebenswichtigen Nahrungsmittel wieder auf dem Markt erschienen, zwar zu erhöhten Preisen, aber weit billiger als vorher auf dem Schwarzmarkt. Die Propagandaplakate sind von den Strassen entfernt worden; die Chilenen haben wenigstens die Möglichkeit, wieder ohne Unterbrechungen arbeiten zu können.

Chile:

Einstweilen auch Sanierungsprogramme

Aber mindestens drei Jahre, schätzen die regierenden Militärs, wird die Wirtschaftssanierung Chiles in Anspruch nehmen. Die Inflation, die zur Zeit von Allendes Sturz 323 Prozent seit Januar erreicht hatte, wird sich weiter verschlimmern — man rechnet mit 500 bis 600 Prozent bis Ende des Jahres. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Preise vieler Konsumgüter erhöht werden mussten, um sie den wahren Produktionskosten anzugleichen. Auch die völlig unrealistischen Dollarkurse für Einfuhren mussten der Wirklichkeit angepasst werden, was die importierten Güter (und das schliesst viele Lebensmittel ein) noch zusätzlich verteuerte.

Die wichtigste Aufgabe der neuen Regierung in Chile ist es, die Produktion wieder ins Rollen zu bringen. Es wird gehofft, dass sich die Preise bei Mehrproduktion wegen des erhöhten Angebots auf ein erträgliches Mass einpendeln werden. Als erste Massnahme zur Produktionssteigerung wurde den Eigentümern die Rückgabe von den illegal besetzten, beschlagnahmten oder verstaatlichten Unternehmen und Ländereien von weniger als 40 Hektar versprochen, allerdings unter bestimmten Bedingungen: Die Besitzer müssen

sich verpflichten, die Arbeitsabkommen und die sozialen Errungenschaften der Arbeiter zu respektieren. Ausserdem haben sie von allen Entschädigungsforderungen abzusehen und alle direkt oder indirekt eingegangenen Verpflichtungen während der Zeit der Intervention oder Beschlagnahme anzuerkennen und zu erfüllen.

Andererseits haben die Arbeiter der verstaatlichten Grube El Teniente, der grössten unterirdischen Kupfermine der Welt, die jährlich 280 000 Tonnen Kupfer fördert, der Regierungsjunta einen finanziellen Beitrag angeboten zur Errichtung eines Kupferwalzwerkes, das 4000 Arbeiter beschäftigen soll. Die Gewerkschaftsführer übermittelten dem Vorsitzenden der Junta, General Augusto Pinochet, den Entscheid der Arbeiter, mit «einem freiwilligen Lohnabzug selbst die Kosten für die Errichtung des Werkes zu tragen und so zum nationalen Wiederaufbau beizusteuern».

Inzwischen verliessen Hunderte von Ausländern das Land, unter ihnen Extremisten und Terroristen; einige reisten nach Kuba, die meisten kehren verständlicherweise nicht in ihr eigenes Land zurück. Ferner verhandelte der Direktor des Internationalen Komitees für europäische Migration (CIME), Giacinto Maselli, mit Staatschef General Pinochet über die Erlaubnis für chilenische Ultralinke, das Land zu verlassen und sich in Kanada oder in den europäischen Ländern niederzulassen, die sich anerbieten haben, die politischen Flüchtlinge und «politischen Flüchtlinge» aufzunehmen. Das Hochkommissariat für Flüchtlingswesen der Vereinten Nationen hat 340 000 Dollar aus seinem Notstandsfonds für politische Flüchtlinge aus Chile (also nicht nur Chilenen) zur Verfügung gestellt. Die schwedische Regierung hat sich bereit erklärt, 54 uruguayische Tupamaros aufzunehmen, die nicht in ihre Heimat zurückwollen, weil sie dort wegen Mordes, Entführung, Raub usw. verurteilt würden. Der Botschafter in Santiago, Harald Edelstan, hat sie persönlich von dem Stadion, wo sie interniert waren, abgeholt, sehr zum Un-

behagen des Aussenministers Ismael Huerta (dessen Sohn in Schweden studiert), da der Botschafter «vergessen» hatte, die formelle Erlaubnis des Ministers einzuholen. Ein schwedischer Journalist, Bobby Sourander, der die Stockholmer «Dagens Nyheter» und zwei andere Zeitungen in Chile vertreten hatte und wegen terroristischer Tätigkeit verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt worden war, wurde des Landes verwiesen und reiste nach Schweden zurück.

«Jugoslawisches Modell» für Lateinamerika bloss als Etappenziel

Nun hat Moskaus Strategie in Lateinamerika bereits auf zwei Ebenen versagt: Die Guerillas, die, ferngesteuert über Kuba, nach aussen hin als von den Sowjets abgelehnt galten, sind in Guatemala, Venezuela, Brasilien, Bolivien und Uruguay fast völlig aufgelöst worden. In Kolumbien, Mexiko und einigen mittelamerikanischen Ländern treten sie noch sporadisch in Erscheinung. Die Polemik in Linkskreisen bezüglich der jeweiligen Vorteile der städtischen oder ländlichen Guerillas hat sich als gegenstandslos erwiesen, da beide von der Bevölkerung abgelehnt werden.

Andererseits hat sich auch die als die offiziell von Moskau inspiriert und gefördert geltende Methode der Volksfront im einzigen Land, wo sie in demokratischen Wahlen an die Macht kam, nämlich in Chile, sich als ein totales Fiasko erwiesen: Es hat sich herausgestellt, dass eine kommunistisch-sozialistische Koalitionsregierung, wenn sie nicht völlig totalitär regiert, nicht nur das betreffende Land ins finanzielle Chaos treibt, sondern auch von neutralen und apolitischen Streitkräften gestürzt werden kann, sobald die Lage für die Mehrheit der Bevölkerung als völlig aussichtslos erscheint.

Dieses Versagen der beiden Taktiken, Volksfront und Guerilla, hat auch negativen Einfluss auf die sowjetischen Bemühungen ausgeübt, die diplomatischen, kulturellen, wissenschaftlichen und vor allem wirtschaftlichen Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten auszuweiten. Abgesehen von dem Abbruch diplomatischer Beziehungen zwischen Chile und allen kommunistischen Staaten ausser China und Rumänien werden auch die Ostbotschaften in anderen Ländern Lateinamerikas misstrauisch von den betreffenden Regierungen beobachtet, nachdem die Einmischung diplomatischer Funktionäre aus kommunistischen Ländern in die internen Angelegenheiten Lateinamerikas wiederholt bewiesen wurde.

Der Kreaml hat sich daher eine neue Methode ausgedacht: Die sowjetische Auslandszentrale unter Leitung von Boris Nikolajewitsch Ponomarew, Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Kandidat als Mitglied des Politbüros und für die Beziehungen zu nicht regierenden KPs zuständig, gedenkt, sich das neue Rapprochement zwischen Belgrad und Moskau für die Beziehungen zu Lateinamerika zunutze zu machen: Jugoslawien, das noch immer als Aussensteiter des Sowjetblocks gilt, soll für die Infiltrationszwecke des Kremles eingespannt werden.

Jugoslawien unterhält seit langem freundschaftliche, wenngleich nicht sehr enge Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten. Seit Ende 1969 haben jugoslawische Handelsdelegationen wiederholt Süd- und Mittelamerika besucht. Belgrad ist an der Beteiligung an gemischten oder bilateralen Gesellschaften interessiert, die vor



«Einer von vielen Tausenden, welche im Stadion von Santiago interniert worden sind.»
(Bild und Legende «Vjesnik u Srijedu», Zagreb)

allein in Mexiko, Chile und Peru gegründet wurden und grösstenteils aus Betrieben zur Industrialisierung der einheimischen Rohmaterialien bestehen. Die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug unterhält Vertretungen in fast allen Ländern und beschäftigt ein zahlreiches Personal auf dem ganzen Halbkontinent.

Anfang 1971 reiste der Premierminister Guyanas, Forbes Burnham, nach Jugoslawien, um direkten Kontakt zu führenden Persönlichkeiten in Belgrad aufzunehmen. Die zustande gebrachten Kontakte boten einige interessante Aspekte. Sie führen merkwürdigerweise zurück bis 1947, als Burnham, damals Student an der Londoner Universität, als Mitglied einer jener vom internationalen Kommunismus organisierten Arbeiterbrigaden Jugoslawien besuchte, um sich dort an freiwilliger und unbezahlter Arbeit zu beteiligen. In der Tat arbeitete er an dem Bau der Eisenbahn Samac—Sarajevo. Während des Besuches Burnhams bei Tito 24 Jahre später wurde die Errichtung einer jugoslawischen diplomatischen Mission in Georgetown und die Entsendung einer grossen Handelsmission sowie von einer bedeutenden Anzahl qualifizierter Techniker für die verstaatlichten kanadischen Bauxitgruben beschlossen und ein Protokoll unterschrieben, wonach Jugoslawien Guyana technische und wirtschaftliche Hilfe leisten wird.

Auch auf den verschiedenen Konferenzen und Vorbereitungsversammlungen der sogenannten «blockfreien» Staaten (im April 1970 in Dar-es-Salaam, im September 1970 in Lusaka, im August 1972 in Georgetown, im September 1973 in Algier usw.), bei denen Jugoslawien eine führende Rolle spielte, wurden die Kontakte zu Lateinamerika gestärkt. Die Jugoslawen unterspielen die Tatsache, dass ihr Land sich in den letzten zwei Jahren innen- und aussenpolitisch

dem Sowjetsystem angenähert hat. Die Sowjetunion will nun das jugoslawische Modell als «weder Kommunismus noch Kapitalismus» in Lateinamerika einführen, in der Hoffnung, so verschiedenartige Regierungen wie diejenigen Guyanas, Mexikos, Panamas, Ecuadors, Perus und Argentinien dafür zu gewinnen.

Am erfolgreichsten waren die Jugoslawen, abgesehen von Guyana, bisher in Peru, wo die regierende Militärjunta sich sogar die Semantik des Belgrader Regimes aneignete und sie als Ausdruck der peruanischen Wirklichkeit hinstellt. So sind zum Beispiel die heute in Peru so beliebten Begriffe wie «Selbstverwaltung», «Arbeiterräte», «Gesellschaftseigentum» aus dem jugoslawischen Wirtschaftslexikon entliehen. Daher auch die besonders lobenden Aussagen von Edvard Kardelj, Mitglied des Bundesvollzugsrates und des Exekutivkomitees des Bundes jugoslawischer Kommunisten, nach seinem mehrwöchigen Lateinamerika-Besuch im Juli 1970 über die peruanische Regierung (und interessanterweise auch über die christdemokratische Regierung des Präsidenten Frei in Chile!) sowie die besonders engen Bindungen zwischen Peru und Jugoslawien seither.

Mit der Einführung des «jugoslawischen Modells» versucht Moskau in weiten Kreisen der öffentlichen Meinung Lateinamerikas das falsche Gefühl eines Optionszwanges zu vermitteln: die Alternative «entweder Guerilla oder Titoismus», die noch dadurch verstärkt wird, dass die Jugoslawen schon Mitte 1970, als die Tupamaros ihre blutigsten und entsetzenerregendsten Taten vollbrachten, erklärten, dass die Guerilla in Lateinamerika keinerlei Erfolgsaussichten habe. Was man in Lateinamerika jedoch nicht so ohne weiteres erkennen kann, ist, dass gar keine wahre Alternative besteht, denn ganz gleich wie die Wahl ausfällt, wäre auf jeden

Fall die Sowjetunion der Gewinner. Es liegt ja auf der Hand, dass Belgrad nicht in der Lage ist, jenes Modell in Lateinamerika triumphieren zu lassen, das in Jugoslawien selbst zugunsten sowjetischer Leitbilder abgebaut wird. Der Titoismus dient folglich Moskau nur als trojanisches Pferd — als Ersatz für Guerilla und Volksfront — in seinen Bemühungen, Lateinamerika zu unterwandern.

Peru: Militärjunta und keine Empörung

Am 3. Oktober 1968 wurde der peruanische Präsident, Architekt Fernando Belaunde Terry, durch einen Militärputsch abgesetzt. Belaunde, der, ähnlich wie Eduardo Frei in Chile, eine «friedliche Revolution» in seinem Land anstrebte, hatte erklärt, dass es sein Ziel sei, eine gerechtere Einkommensverteilung zwischen der reichen Oberschicht und der armen, zumeist aus Indianern und Mischlingen bestehenden Masse des Volkes, herbeizuführen. Eine seiner Massnahmen war, die Löhne zu erhöhen, ohne zugleich darauf zu achten, dass auch die Produktivität stieg. Die hierdurch entstandene galoppierende Inflation erzeugte eine ernste Finanzkrise, die zusammen mit Belaundes offensichtlichem Mangel an Wirtschafts- und Verwaltungskennnissen den äusserlichen Anlass für seinen Sturz gab. Sobald die neue Militärregierung jedoch verkündet hatte, sie wolle mit allen, einschliesslich den «sozialistischen» Ländern, Handel treiben, diplomatische Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten aufnehmen und einige grosse ausländische Unternehmen entschädigungslos verstaatlichen, bezeichnete die Weltpresse sie mit dem Prädikat «fortschrittlich».

In Peru wurde die Etappe übergangen, die Chile unter der sozialistisch-kommunistischen Regierung Allendes durchmachte, nämlich die wilde und indiskriminierende Verstaatlichung, weshalb Peru die schlimmsten wirtschaftlichen Konsequenzen und das völlige Chaos erspart blieben. So wie gegenwärtig in Chile, hatten die Offiziere 1968 in Peru eine legal gewählte Regierung beseitigt und selbst die Macht übernommen; bis heute — fünf Jahre später — ist die Möglichkeit einer Rückkehr zum demokratischen System und zu Volkswahlen nicht einmal erwähnt worden. Die peruanischen Obristen haben wiederholt erklärt, sie seien keine Marxisten, aber ihre proöstliche Einstellung ist unverkennbar. Wenn gleich die Junta angibt, ausländisches Kapital weiterhin willkommen zu heissen, fährt sie mit ihrer Politik, die grössten Unternehmen des Landes zu nationalisieren, fort. Kurz vor den Ereignissen in Chile ist ein Projekt ausgearbeitet worden, um «dem Kapitalismus in Peru ein Ende zu bereiten» durch die Schaffung von sogenannten «Unternehmen sozialen Eigentums» nach jugoslawischem Vorbild. Es handelt sich um eine Art Genossenschaften, die gemäss des Profitprinzips operieren sollen — die Arbeiter werden zwar nicht für gleiche Arbeit gleiche Löhne erhalten, sondern je nach ihren Bedürfnissen verdienen, aber die Gewinne sollen gleichmässig verteilt werden.

Nun hat es sich erwiesen, dass ein Teil der Militärschicht diesen Plan nicht befürwortet, und es haben sich innerhalb der Militärregierung zwei Lager gebildet. Die Diskussionen zwischen den beiden Gruppen erreichten einstweilen ihren Höhepunkt mit dem Konflikt, der bei der gros-

Unsere Meinung

Das Motiv der Abrechnung — wir haben es in unserer redaktionellen Einleitung zum Beitrag unseres Korrespondenten gesagt — ist nicht die ganze chilenische Wirklichkeit. Aber es ist unzweifelhaft ein Teil davon, und dass ein hübscher Teil unserer ideologisch geschulten Volksmeinung jeweils von legitimer Gewalt spricht, wenn die Abrechnung anderswo «dem Klassenfeind» gilt, darf für uns kein Grund zu spiegelverkehrten Rechtfertigungsthesen sein. Wir dürfen und müssen in diesem Zusammenhang auf die Einseitigkeit der konditionierten Entrüstung hinweisen, aber das wiederum setzt einen Standort voraus, wo das selektive Gewissen unserer Zeit nicht nur in seiner Auswahl, sondern auch in seiner Grundfunktion abgelehnt wird.

Wir wollen uns also von keinerlei selektiven Gewissen leiten lassen, wenn wir die Frage nach dem Vorgehen der chilenischen Militärjunta gegen ihre Feinde stellen. Wie präsentiert es sich?

Gehen wir zunächst einmal von der Frage aus, wie es uns präsentiert wird. Als recht symptomatisches Beispiel nehme ich ein paar Sätze aus einem Editorial von Rolf Herzog, der in der «National-Zeitung» vom 19. Oktober veröffentlicht wurde: «Die Marxisten werden dort (in Chile) mit Stumpf und Stil ausgerottet. Will man das noch nicht Völkermord nennen, so doch Kollektivmord wegen verbotenen Gedanken. Flüchtlinge aus Chile sind wegen ihrer Ueberzeugung an Leib und Leben gefährdet...» Von diesem oder ungefähr diesem Bild geht unsere veröffentlichte Meinung tatsächlich oft genug aus, wenn sie «zu Chile» Stellung nimmt.

sen Tageszeitung «El Comercio» entstand. Der Transportminister, General Raul Meneses Arata, vertrat à l'outrance den Standpunkt der Arbeitnehmer, die nicht nur erhebliche Gehaltserhöhungen forderten, sondern darauf bestanden, dass die Familie Miró Quesada, die Eigentümerin des Unternehmens, ihnen 50 Prozent der Aktien verkaufe. Der Standpunkt des Marineministers, Konteradmiral Vergas Caballero, war, dass «El Comercio» «eine erstklassige Zeitung sei, die gut ausgewogene Informationen bringe» und dass eine Aenderung in dem Betrieb, ohne das entsprechende Einverständnis der Eigentümer, die Qualität der Zeitung beeinträchtigen würde. Der Konteradmiral erinnerte den Transportminister daran, dass man in Peru westliche Traditionen aufrecht erhalte und gab zu verstehen, dass er gegen eine Uebernahme der wirtschaftlichen Betriebe seitens der Arbeiter sei.

Seit dem Militärputsch in Chile vom 11. September hat sich die Bresche zwischen den regierenden Militärs in Peru verständlicherweise vertieft, und es bleibt abzuwarten, ob sie überkittet werden kann oder ob in den nächsten Monaten eine Krise innerhalb der Regierung ausbrechen wird.

Uruguay wieder oder noch ohne Tupamaros

Ermuntert und unterstützt von dem Militär schreitet die von der uruguayischen Regierung

Nun, wenn das der Tatbestand ist, so kann die Stellungnahme gar nicht anders als Verurteilung, ja Verdammung sein. Ein Regime, das die Andersdenkenden mit Stumpf und Stil ausrottet und die Träger unerwünschter Gedanken kollektiv ermordet, hat jegliche Feindschaft verdient, und schon gar von uns, die wir unsere politische Ueberzeugung als Antitotalitarismus verstehen.

Aber ist das der Tatbestand? Stutzig macht schon das geschilderte Ausmass. Wenn in Chile sämtliche Marxisten in einem kollektiven Mord umgebracht werden, wieviele Marxisten gibt es denn dort? Chile zählt etwa 10 Millionen Einwohner; rund ein Drittel der wahlberechtigten Frauen und Männer hatten sich an der Urne für die marxistisch deklarierten Parteien der Volksfront ausgesprochen. Werden alle diese ermordet? Das Regime selbst hat standrechtliche Erschiessungen in der Grössenordnung zwischen hundert und zweihundert bekanntgegeben. Man braucht ihm natürlich nicht zu glauben. Aber soviel ich weiss, haben auch seine ausgesprochensten Feinde höchstens von «Tausenden» von wie immer umbrachten Personen gesprochen. Da kann also an den Proportionen etwas nicht stimmen; die implizierte Grössenordnung, die an Völkermord grenzen würde (abgesehen davon, dass der Begriff des Völkermordes nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ etwas anderes meint) ist notgedrungen falsch.

Das heisst keineswegs, dass man getrost zur Tagesordnung übergehen könnte, wenn es nur um hundert oder tausend ermordete Ueberzeugungstäter ginge; auch ein einziger wäre schon zuviel. Aber es heisst, misstrauisch zu sein gegenüber dem Wahrheitsgehalt der Information, die aus einem Feindbild heraus an die Öffentlichkeit getragen wird. Hat es die gute Sache

unternommene Säuberung von Kommunisten aus Staatsbetrieben und anderen wichtigen Sektoren des Landes fort.

Nun wurde auch das wichtigste übriggebliebene Bollwerk der Kommunisten und Tupamaros, die Universität Montevideo (die einzige im Lande) nach einer Explosion geschlossen.

Eine polizeiliche Untersuchung aller Universitätsgebäude brachte nicht nur grosse Mengen extremistischen Propagandamaterials, Plakate und Flugblätter mit Umsturzaufrufen und Drukereien ans Licht, sondern auch Waffen verschiedenster Art.

Trotzdem die Tupamaros in Uruguay praktisch aufgelöst sind und noch immer Mitglieder der Terrororganisation steckbrieflich gesucht werden, sind deutliche Anzeichen wahrnehmbar, dass die bekannteste Stadtguerilla Lateinamerikas dabei ist, sich neu zu organisieren. Verschiedene kleine Streiche innerhalb Uruguays — die als Uebungen für frisch rekrutierte Mitglieder gedeutet werden — sowie die Tätigkeit der Tupamaros ausserhalb Uruguays bestätigen diese Annahme. Die vier Terroristen (zwei Männer und zwei Frauen), die ein Flugzeug der Aerolineas Argentinas in Buenos Aires entführten und schliesslich in der bolivianischen Grenzstadt Yacuiba den Apparat und die als Geiseln gehaltenen Passagiere an die Behörden auslieferten, mit der Bedingung, nach Kuba weiterbefördert zu werden, waren aus Chile geflüchtete uruguayische Tupamaros. ■

denn nötig, mit einer auch bloss quantitativen Uebertreibung von einigen tausend Prozent vorgestellt zu werden?

Aber nun zur qualitativen Sache der Angelegenheit, zur Beschuldigung also, dass man Menschen (wie viele auch immer) wegen verbotener Gedanken umbringt. Die Junta widerspricht dieser Darstellung. Sie gibt Erschiessungen nicht an Ueberzeugungstätern zu, sondern an Terroristen, an Leuten, welche sich ihrerseits der Waffen bedienen, um zu töten, welche Gewalt anwenden, um das Regime zu stürzen. Das würde standrechtliche Erschiessungen übrigens immer noch nicht schön machen, aber darum geht es im Moment nicht, sondern darum, ob man Menschen wegen ihrer Worte umbringt oder wegen ihres Schiessens, denn das ist ein Unterschied. Er wird denn auch hierherum eingesehen, sonst würde man nicht soviel Betonung auf die Ermordung von blossen Ueberzeugungstätern legen.

Dass die Junta nicht Ueberzeugungstäter, sondern aktive Terroristen umbringt, ist, wie gesagt, ihre Darstellung. Man braucht sie ihr nicht zu glauben und glaubt sie tatsächlich auch sehr wenig. Aber eines hat man hier offenbar völlig übersehen: man ist nämlich gar nicht auf die Junta angewiesen, um das zu glauben. Es sind nicht ihre Freunde, sondern ihre Feinde, welche seit dem Putsch nicht müde wurden, auf das grosse Ausmass an bewaffnetem Widerstand hinzuweisen, das in Chile zu finden sei. Die Berichterstattung darüber hat auch in unserer Öffentlichkeit einen ordentlichen Raum beansprucht, wobei es darum ging, aufzuzeigen, dass sich «das Volk» (oder wenigstens der angeblich bewussete Teil davon) für seine legitimen Rechte wehre. Daraus ergibt sich zu allermindestens, dass das Regime nicht nur «Ueberzeugungstäter» zu Feinden hatte. Anders wäre es ja auch gar nicht möglich, dass zum Beispiel in der Schweiz ein «Komitee für Chile» Geldsammlungen für «Waffen nach Chile» (das heisst Waffen für die sich wehrenden Juntagegner) durchführte (siehe «Unsere Meinung» in der letzten Nummer). Wenn man nun einen Sektor auch bloss von einigen Tausenden Chilenen oder Bewohnern Chiles (die Ausländer stehen auch da zur Diskussion, und Regimegegner weisen mit Stolz auf deren Verdienste beim bewaffneten Widerstand hin) annimmt, die zur Gewalt gegen die Putschisten gegriffen hätten, dann käme man zur erstaunlichen Schlussfolgerung, dass das Regime selbst von diesen bewaffneten Gegnern nur einen Teil umgebracht hätte, und das auch unter der Annahme, dass es seine Zahlen an standrechtlichen Erschiessungen lügnerisch stark untertrieben hätte. Man ist also in der Frage «Ermordung von Andersdenkenden oder Ermordung von Terroristen?» überhaupt nicht auf die Darstellung der Junta angewiesen, um sie als glaubhaft einzusehen. Denn die Darstellung ihrer Feinde gibt ihr in der Voraussetzung zu diesem strittigen Punkte durchaus recht.

Das, meine ich, gilt zu diesem Motiv in der Hauptsache. Ich möchte meinerseits keine Exklusivität daraus machen. Ich halte es für denkbar und möglich, dass es auch zu anderweitigem Morden gekommen ist (die Junta ihrerseits hat sich von Lynchfällen distanziert und sie damit zugegeben), und diese Fälle oder Eventualfälle sind denn auch als schlechte Morde einzustufen. Dass das Regime tatsächlich auch Ueberzeugung-

(Fortsetzung auf Seite 9)